
Berliner Debatte

Initial

2

15. Jg. 2004

Die Überflüssigen

Bude

Eine neue
soziale Frage?

Vogel

Folgen der
Arbeitslosigkeit

Baltzer

Symbolische
Ghettoisierung

Oswald

Neue
Migrationsmuster

Baecker

Die mögliche Rolle
der Universitäten

Die Überflüssigen

— Zusammengestellt von Andreas Willisch —

Editorial	2	<i>Dirk Konietzka, Peter Sopp</i> Gespaltener Arbeitsmarkt – ausgeschlossene Individuen?	34
<i>Heinz Bude</i> Gibt es eine neue soziale Frage?	6		
<i>Berthold Vogel</i> „Überzählige“ und „Überflüssige“. Empirische Annäherungen an die gesellschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit	11	<i>Patrick Baltzer</i> Prozesse der „symbolischen Ghettoisierung“. Ein Ansatz zu einer Ethnologie der Ausgrenzung	50
<i>Volker Eick</i> Integrative Strategien der Ausgrenzung. Der exklusive Charme des privaten Sicherheitsgewerbes	22	<i>Ingrid Oswald</i> Neue Migrationsmuster – Flucht aus oder in „Überflüssigkeit“?	58
<hr/>			
<i>Holger Alda, Friedrich Hauss, Rainer Land, Andreas Willisch</i> Erwerbsverläufe und sekundärer Integrationsmodus	70	<i>Thomas Müller</i> Redundanz und Reformpoesie. Die Universität als Institution und Organisation	105
<i>Stefan Mann</i> Die Entsiedelung ländlicher Räume und das Agrarsystem	86	Besprechungen und Rezensionen <i>Harald Bluhm</i> Reflexionen zu Michel Winock „Das Jahrhundert der Intellektuellen“	117
<i>Dirk Baecker</i> Der Kulturdialog Was leisten die (Kultur-)Wissenschaften und worin besteht die mögliche Rolle der Universitäten?	96	Manuel Castells: Das Informationszeitalter. Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur Rezensiert von <i>Guido O. Kirner</i>	125

Editorial

Kann man als Sozialwissenschaftler erahnen, was es bedeutet, „überflüssig“ zu sein? Was genau damit bezeichnet werden soll? Natürlich!, möchte man antworten. Die Profession selbst ringt um den Stuserhalt – mit negativem Ausgang: die Soziologie der FU Berlin wird aufgelöst, landauf, landab stehen sozialwissenschaftliche Fakultäten zur Disposition; dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, früher eine Hochburg der Soziologie, steht heute ein ausgewiesener Sozialhistoriker vor. Die Arbeit der „fünf Wirtschaftsweisen“ schafft zwar viele soziale Probleme, aber keine Beschäftigung für Soziologen. Dabei liegt die Arbeit doch auf der Straße. In den Buchläden boomen Biographien, nur sind die Ghostwriter dieser neuen Bestseller keine Biographieforscher, sondern Journalisten. Auch die „Berater“, denen zur Zeit die Türen zur Macht geöffnet werden, verstehen sich selbst als Medienexperten, geübt, den Schein aufzupolieren. Es gibt keinen Bedarf an neuen soziologischen Fragen, wir haben auch so schon genug Probleme.

„Die Überflüssigen“ waren immer die Boten der Zukunft. Bei Oblomow, dem Vater aller Überflüssigen, kündigt der geschäftstüchtige Freund Stolz vom Aufkommen des Kapitalismus in Rußland. Die Menschen, die Walter Ballhause während „der großen Krise“ fotografiert hat, wirken wie die Flaneure des Elends: Sieben Straßenbauarbeiter arbeiten mit Preßluftschlämmern, fünfundzwanzig stehen hinter der Absperrung und schauen zu.

„Das Lied vom überflüssigen Menschen“ von Johannes R. Becher beschwört schon den Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft des 20. Jahrhunderts:

Überflüssige Menschen,
Wozu braucht Euch die Fabrik?!
Arbeit gibt's in Überfluss.
Seid zufrieden damit.

Überfluß ist an Hunger,
Überfluß hat die Not
Augen fließen über
Und färben sich rot.

Was die Kinder auf den Fotos nur hinter Schaufenstern oder auf Fotografien bewundern dürfen, steht im zweiten Teil von Bechers Gedicht:

Er hat einen guten Schlaf
Der *überflüssige Mensch*
...

Er kleidet sich, wie's ihm gefällt,
Das Neueste ist nicht neu.
Überflüssiges Geld
Es ist ihm einerlei.

Er braucht, wenn er nicht will
keinen Schritt zu Fuß zu gehen.
Er kann über Wolken fliegen
Und die Erde versinken sehn.

Der überflüssige Mensch,
Er weiß es nicht,
Daß er im Überfluß lebt
Und er überflüssig ist.

Das war noch Klassenkampf. 30 Jahre später gibt es dank Wohlfahrtsstaat und Kaltem Krieg diese Bilder nicht mehr. Die Tarifgefechte verlaufen in ritualisierten Bahnen, die Be-

triebsverfassung regelt die Mitsprache, und die Mittelstandsgesellschaft regiert.

Wovon sollen nun, wenn es stimmt, daß es sie gibt, die Überflüssigen von heute künden? Sind sie wiederum Beleg eines neuerlichen dramatischen Wandels moderner wohlfahrtsstaatlicher Gesellschaften? Der Kapitalismus bricht aus den Nationalgesellschaften aus, dabei implodieren die nach Wachstum schreienden Türme nationalen Wohlstands. Zum ersten Mal seit mehr als fünfzig Jahren steht die Zukunft auf dem Spiel. Geringes Wirtschaftswachstum bei stetig hoher Arbeitslosigkeit, wachsende Gesundheitskosten und eine alternde Gesellschaft. Der geringe Zuwachs reicht nicht mehr für die rasch wachsenden Probleme. Wo sie nicht wächst, schrumpft die Gesellschaft. Der Verteilungsspielraum wird enger. Der Verteilungskampf härter. Das erinnert an Max Weber, der in Zeiten relativen Wohlstands ständische Sozialbeziehungen der angemessenen, gefälligen Lebensführung aufwachsen sah und in Zeiten rapider ökonomischer Entwicklung das Vordringen klassenförmiger Konkurrenz. Aber damit ist nur die Richtung angedeutet. Ob Menschen, die eben noch als Siemens-Angestellte die nivelierte Mittelstandsgesellschaft repräsentierten, bereit sind, den neuen Klassenkampf anzunehmen, oder ob sie wie Oblomow starr die Fundamente ihrer Existenz wegieseln sehen, sollte die Soziologie erklären können.

Bei den Sozialwissenschaftlern, die sich mit dem Thema überhaupt beschäftigten, ist ein Wettstreit ausgebrochen: Wer liefert die dramatischste Elendsbeschreibung für postfordistische Wohlstandsgesellschaften? Sozialhilfe, Langzeitarbeitslosigkeit, Vertreibung, soziale Isolation und fehlende Sozialleistungen – und am besten alles zusammen – markieren soziale Ausgrenzung. Der Industriekapitalismus sei wieder an seinen Wurzeln im 19. Jahrhundert angelangt. Doch wenn Armut und Arbeitslosigkeit in klassenkämpferischer Pose für einen Begriff sozialer Ausgrenzung in Anschlag gebracht werden, bringt sich die Soziologie um die Gelegenheit, den fundamental anderen Charakter eines gesellschaftlichen Wandels zu begreifen. Bildungsrevolution, Wohlfahrtsstaat und individualisierte

Lebensführung sind eben mehr als „politisch herbeigeführte“ Möglichkeiten der flexiblen Ausbeutung der Arbeitskraft (Steinert 2003: 283). Sie haben auch die emanzipatorischen Ansprüche aller Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben wachsen lassen.

Nicht selten werden die Ergebnisse einer Entwicklung für die Entwicklung selbst gehalten, deshalb erscheinen Ausgrenzung und Exklusion als Probleme der Menschen am Rand der Gesellschaft. Wenn Ausgrenzung aber als Prozeß gedacht werden muß, dann führt die Beschreibung von – wenn auch dramatischen – Zuständen nicht weiter. Der „Einbruch des Prekären, Diskontinuierlichen, Flockigen, Informellen“ (Beck 2000: 8) betrifft die gesamte Gesellschaft und mithin alle für sicher gehaltenen Bastionen. Viele Menschen gelangen erst infolge einer „sukzessiven Entwertung“ (Ingrid Oswald in diesem Heft) an den Rand. Wir müssen daher dabei bleiben, soziale Ungleichheit sozialstrukturell als hierarchisches Modell beizubehalten und gleichzeitig die Dichotomie des Ein- und Ausschlusses, Ein- und Ausgliederns weiterzudenken. Der Begriff „die Überflüssigen“ versucht diejenigen zu benennen, die sich in diesem Prozeß befinden. Beispielsweise jene Berliner Finanzamtsangestellte, deren Stelle trotz sich auf ihrem Schreibtisch stapelnder Akten als „kw“ vermerkt wurde, weil im Finanzamt Stellen eingespart werden sollten. Die Berliner Zeitung vom 11. Mai 2004 berichtete, daß der Finanzsenator der Stadt trotz fehlender Mitarbeiter zehn Prozent seiner Angestellten für „künftig wegfallend“ erklärte, um seinen Kollegen im „Sparsenat“ ein Beispiel zu geben. Genau eine Woche später – am 18. Mai 2004 – titelt die Berliner Zeitung: „Berlin spart – der Senat nicht. ... Fünftausend Beschäftigte zuviel“. Das Irritierende daran ist, daß wohl beides stimmt. Die junge Finanzbeamtin muß also nicht nur die viele Arbeit auf ihren Schultern tragen, sondern sich auch noch für latent schmarotzend halten lassen. Hier schon beginnt ein „Entwertungsprozeß“. Der Zustand der Arbeitslosigkeit ist nicht der Beginn, sondern ein Scheidepunkt des Überflüssig-Werdens.

Arbeitslosigkeit – auch Langzeitarbeitslosigkeit – ist zunächst ein Begriff der Sozial-

gesetzgebung und zählt alle, die Arbeitslosenunterstützung erhalten. Er umschließt auch jene, die schwarz arbeiten (davon mag man halten, was man will), und jene Bauarbeiter, Landarbeiter und andere saisonal Beschäftigte, die über den Winter „kontrolliert“ Arbeitslosengeld beziehen, um ihren Unternehmen nicht auf der Tasche zu liegen, aber im Frühjahr wieder eingestellt werden. Andererseits zählt der Arbeitslosenstatus nicht die prekär Selbständigen und ebensowenig die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger. Im Grunde genommen beschreibt der Begriff Arbeitslosigkeit einen (Versicherungs-)Zustand. Wie Sozialhilfe nicht mit Armut gleichgesetzt werden kann, so kann Arbeitslosigkeit nicht als Indiz für soziale Ausgrenzung herhalten. Was wir annehmen dürfen – und was viele meinen, die Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung oder Überzähligkeit zusammendenken –, ist, daß die Arbeitslosen ihren Job verloren haben und damit ihr Ort in der Gesellschaft unsicher und unsichtbar geworden ist.

Was Arbeitslosigkeit zu einem Problem macht, ist nicht nur, daß die Betroffenen von einem Arbeitgeber rausgeschmissen wurden – also für nicht gut genug befunden wurden und weniger Einkommen haben –, sondern daß sie dabei eine Position relativer Ruhe – denn wer einen Arbeitsvertrag hat, ist eben nicht auf dem (Arbeits-)Markt – mit geregelten Arbeitszeiten, abgesteckten Aufgaben und gelebter Vergesellschaftung eintauschen müssen gegen eine Situation, in der sie sich ständig anbieten, verkaufen, bewerben müssen, um immer wieder für ungeeignet, unvollkommen gehalten zu werden. Das geht dann, nachdem man sich bei der Agentur für Arbeit vorgestellt hat, weiter: einige zum Bewerbungstraining, andere zur Umschulung, Jüngere ins Jump-Programm und die Besseren zur Ich-AG. Beim Sozialamt ist das nicht anders. Dort wird zuerst nach Arbeitsfähigkeit sortiert. Die Umstellung der „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ auf die nach Hartz „aktivierende“ vollzieht im Grunde nur diese Entwicklung nach. Wenn „McKinsey kommt“, steigt die Angst vor dem Absturz. *Empowerment, Assessment, Outplacement* sind die Vokabeln eines auf den individuellen Einzelfall bezogenen Umerziehungsprozesses.

Volker Eick beschreibt in seinem Aufsatz anschaulich, wie selbst „Arme gegen Arme in Anschlag“ gebracht werden. So viel sortiert wurde noch nie, und nichts belegt den Umbau einer Gesellschaft deutlicher. Es ist ein Prozeß „permanenter Selektion“, wie Berthold Vogel schreibt – von Arbeitgebern, von Ämtern, von Nachbarn. Selektiert zu werden, heißt integriert zu sein. Diesbezüglich ist der Begriff „die Überflüssigen“ besser, weil er diejenigen, die dauernd selektiert und prozessiert werden, unabhängig von ihrer sozialrechtlichen und sozialstrukturellen Situation erfaßt und gleichzeitig das Neue sozialen Wandels wohlfahrtsstaatlicher Gesellschaften im Blick behält.

Soziologische Kategorien sind zunächst Kategorien an sich. Niemand muß sich selbst permanent als überflüssig bezeichnen, um die Existenz einer wissenschaftlichen Kategorie zu rechtfertigen. Jemanden der soziologischen Kategorie „die Überflüssigen“ zuzuordnen bedeutet, diesen Selektions-, Entwertungs- und Umerziehungsprozeß, in dem sich Menschen befinden können, zu analysieren. Dahinter stehen sehr oft neoliberale politische Konzepte, nicht selten aber auch gut gemeinte soziale Hilfskonzepte, die sich in ihr Gegenteil verkehrt haben. Der Begriff „die Überflüssigen“ wendet sich gegen partikularistische und fragmentierende Vorstellungen und Praktiken von Politik. Indem Überflüssigkeit zum Thema wird, wird jeder Gebrauch von Nützlichkeits- und Effizienzkriterien für die Integration moderner Gesellschaften kritisiert. Gerade soziale Rechte dürfen nicht durch Nützlichkeitsabwägungen wie Arbeitsfähigkeit, Gebärfähigkeit oder Sportlichkeit auf- oder abgewertet werden. Ihre Universalität zu unterstreichen heißt aber auch, die Kleinteiligkeit sogenannter Problemgruppenförderung aufzugeben.

Die Autoren im vorliegenden Schwerpunkt gehen unterschiedlich kritisch mit der Kategorie „die Überflüssigen“ um. *Berthold Vogel* sieht in ihr vor allen Dingen einen Kristallisationskern der neuen sozialen Frage. *Heinz Bude* betont noch einmal, daß mit der Globalisierung eine neue Spaltung der deutschen Gesellschaft droht. Der Exklusionsbegriff treffe nicht die Randgruppen, sondern das Herz der Gesellschaft. Dagegen wendet sich

Volker Eick. Für ihn sind es besonders die Ränder der Gesellschaft, die nach einem sozialen auch noch einen räumlichen Selektionsprozeß über sich ergehen lassen müßten. Ähnlich argumentiert *Patrick Baltzer* in seiner Beschreibung einer Verdrängung. Erst würden Stadtquartiere symbolisch abgewertet, und erst darauf folgt die Beseitigung des herbeigeredeten Mißstands. *Peter Sopp* und *Dirk Konietzka* plädieren in ihrem Beitrag dafür, den Exklusionsbereich einer Gesellschaft nicht an der Grenze zur Beschäftigung festzumachen, da die verschiedenen Teilarbeitsmärkte schon definitionsgemäß ein- und ausschließenden Charakter haben. Sie argumentieren, daß eine verlaufsorientierte Sichtweise von Exklusionsprozessen am Arbeitsmarkt diese Engführung vermeidet. *Ingrid Oswald* schlägt am Schluß des Schwerpunkts noch einmal einen weiteren Bogen und zeigt, daß die neuen „Transmigranten“ in ihrer Heimat Erfahrungen mit Überflüssigkeit machten, in Deutschland aber Arbeitsplätze übernehmen, die es in der Arbeitnehmerwelt von gestern noch gar nicht gab.

Andreas Willisch

Literatur

- Ballhause, Walter; Becher, Johannes R. (1981): Überflüssige Menschen. Leipzig
 Beck, Ulrich (2000): Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgerschaft. Frankfurt a.M./New York
 Steinert, Heinz (2003): Die kurze Geschichte und offene Zukunft eines Begriffs: Soziale Ausschließung. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 2, S. 275-285
 Weber, Max (1976): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen

Berichtigung zu Heft 2003-2:

Im Beitrag von Henry Krisch haben sich zwei Fehler eingeschlichen:

1. Auf S. 23 muß es heißen, "IREX entsandte Henry Krisch 1972 in die DDR"
2. Die Angaben zu ausgewählten frühen nord-amerikanischen Monographien zur DDR (S. 27) beziehen sich ausschließlich auf die Zeit vor 1983, dem Jahr der Gründung der GDRSA.

Heinz Bude

Gibt es eine neue soziale Frage?

Die Beobachtung, daß wir es heute mit einer neuen sozialen Frage zu tun haben, wird schnelle und breite Zustimmung finden. Man sieht es doch, wenn man nur aufmerksam hinschaut: Die Armut auf den Straßen, die man vor zwanzig Jahren so nicht gesehen hat, die Landstriche, die veröden, weil die ortsansässigen Betriebe entweder geschlossen haben oder verlagert worden sind, das bunte Gemisch von Asylsuchenden, Illegalen und Übriggebliebenen unter uns, das sich mit kleinen Geschäften oder müdem Herumhängen über Wasser hält, die steigende Jugendarbeitslosigkeit, die wachsende Kinderarmut, der breiter werdende Sockel von Langzeitarbeitslosen.¹

Diese degradierte und ausgegrenzte Population macht sich im öffentlichen Bild unangenehm bemerkbar: ein wüster Vandalismus besonders in den Vorstädten, eine bestimmte Art von Beschaffungskriminalität, die einen in den eigenen vier Wänden bedroht, und vielfältige entzivilisierende Verhaltensauffälligkeiten wie das Spucken auf den Gehweg oder das Biertrinken in der Straßenbahn sind Folgeerscheinung der Existenz dieser neuen Armen, Herumgestoßenen und Abgeschriebenen in unserer Gegenwartsgesellschaft. Die eingeleiteten, von privaten Dienstleistungsfirmen übernommenen Maßnahmen für „Service, Sicherheit und Sauberkeit“ können zwar Inseln von Freundlichkeit, Übersichtlichkeit und Aufmerksamkeit schaffen, werden aber der Sache insgesamt nicht Herr.

Das empörte Bewußtsein verdrießt sich am Staat, der anscheinend weder etwas zur Wiederherstellung der „öffentlichen Ruhe“ noch zur Bekämpfung des Übels der Arbeitslosigkeit

unternimmt. Denn dies alles ist vor dem Hintergrund einer grundlegenden Transformation des Sozialstaats zu sehen: Ging es über eine lange Nachkriegszeit um die gerechte Umverteilung allgemeiner Ressourcen und öffentlicher Güter, steht jetzt die möglichst effektive Verteilung von Schnitten und Lasten auf der Tagesordnung. Dabei wird ein ganz neues Modell des Sozialbürgers eingeübt: Nicht mehr der über einen bestimmten Anteil an Sozialeigentum verfügende Arbeitnehmer, sondern der für sich selbst verantwortliche Einzelne. Der seiner sozialen Rechte entkleidete und so auf seine persönlichen Freiheits- und politischen Beteiligungsrechte zurückgeführte Bürger soll die Leitfigur für die Zukunft postmoderner Wohlfahrt sein.² Die sich von daher ableitenden Aktivierungsprogramme, die heute alle Wohlfahrtsstaaten mit mehr oder weniger großer Sanktionsgewalt verfolgen³, lassen freilich den Rest jener zurück, die sich nicht mehr aktivieren lassen. Das sind dann die Überflüssigen unserer Gegenwartsgesellschaft.

Die angedeuteten Phänomene lassen eine soziale Spaltung in unserem Zusammenleben deutlich werden, die zwischen denen verläuft, die einigermaßen gut ausgebildet sind, über genügend private Rücklagen verfügen und sich auf einer absehbaren Berufslaufbahn befinden, und denen, die in jedem Moment alles riskieren müssen. Die einen ziehen sich in die ethnisch homogenen Eigenheimgehenden zurück, schicken ihre Kinder auf Privatschulen im Inland und Privatuniversitäten im Ausland und bekennen sich zu den bürgerlichen Werten der Selbstsorge; die anderen finden sich in ethnisch durchmischten und sozial belasteten Bezirken

konzentriert, lassen ihre Kinder in den desolaten öffentlichen Bildungseinrichtungen verwahren und suchen nach irgendeinem Glauben, an dem sie sich hochziehen können. Erstere können sich eine „Kultur der Wahl“ (Beck 2001) leisten; letztere fühlen sich in eine „Kultur des Zufalls“ (Castel 2000) geworfen.

Dieser Riß, der durch unsere Gesellschaften geht, hat nach einer herrschenden Meinung eine wesentliche Ursache: Das ist die Globalisierung, die eine „dritte Welt“ in unserer „ersten Welt“ entstehen läßt.⁴ Unterentwicklung und Verelendung ereignen sich nicht länger da draußen in den Randgebieten der Weltgesellschaft, sondern mitten unter uns in den Zonen kumulativer Benachteiligung und schicksalhafter Ausgrenzung. Eine ausgleichende Sozialpolitik ist nicht mehr möglich, weil die Nationalökonomien in einen mörderischen Deregulierungswettbewerb um die niedrigsten Steuern und die günstigsten Infrastrukturen im Blick auf das mobile und flexible Kapital der weltweit operierenden Geldvermögensbesitzer und Anlageinstitutionen gezwungen werden. Dadurch wird die Finanzierungsgrundlage des Sozialstaats unweigerlich und unwiederbringlich reduziert, so daß die Staatsaufgaben verschlankt werden und der einzelne zum Schמיד seines eigenen Schicksals erklärt wird.⁵

Dazu kommt eine gesplante industrielle Entwicklung, wo die standardisierte und reproduktive Lohnarbeit in Länder mit kostenreduzierendem Sozialdumping und geringer entwickelten Anspruchshaltungen transferiert und nur noch die hochproduktive und totalqualifizierte Forschungs-, Entwicklungs- und Projektarbeit in den Ursprungsländern der industriellen Moderne gehalten wird.⁶ Deshalb werden bei uns diejenigen im Werkzeugmaschinenbau, in der Wissensindustrie oder in der Biotechnologie ausgemustert, die nichts anderes als ihre mechanische Arbeitskraft zu bieten haben. Die werden in die Bereiche der einfachen personenbezogenen Dienstleistungen abgedrängt, wo für wenig Geld viel zu tun ist und wo geringfügige, teilszeitliche oder illegale Beschäftigungsverhältnisse die Regel sind. Wer da allerdings nicht über die Bereitschaft zur freundlichen Dienstbarkeit und zur zwischenmenschlichen Belastbarkeit

verfügt, wird schnell in der Konkurrenz mit Migranten aus dienstleistungserfahrenen Heimatkulturen unterliegen. Da staut sich etwas auf, dem mit multikultureller Toleranz schwer beizukommen ist.

Wenn das die Lage ist, dann stehen wir wirklich vor einer sozialen Frage, die insofern neu ist, als die Solidaritätsquellen, mit denen der europäische Wohlfahrtsstaat in der Nachkriegszeit aufgebaut worden ist, nicht mehr genutzt werden können. Dahinter stand nämlich die Vorstellung eines durch Rechtsformen, Verhandlungsarenen und Ausgleichsverfahren „institutionalisierten Klassenkampfes“ (Geiger 1949: 182) zwischen den Parteien des Kapitals und den Parteien der Arbeit. Wenn das aber gar nicht mehr der zentrale Widerspruch ist, sondern der zwischen einer integrierten „Mehrheitsklasse“ (Dahrendorf 1992: 195), die in erster Linie an der Werten der Sicherheit und des geordneten Vorankommens, der verlässlichen und selbstbestimmten Berufsarbeit sowie der berechenbaren Unpersönlichkeit aller Herrschaftsverhältnisse interessiert ist, und einem abgekoppelten „neuen Lumpenproletariat“ (Castells 1998/2000: 71ff., 128ff.), das in Teufelskreisen der Lebensfristung gefangen ist, dann greifen weder die Instrumente noch die Begründungen des Wohlfahrtsstaates, der unter dem Eindruck der allgemeinen Kriegsfolgenbetreffenheit zur Lösung der sozialen Frage errichtet worden ist. Es treten Verwerfungen zutage, die das Ganze zu zerreißen drohen.

Diesem von vielen geteilten Bild widersprechen nur eine Reihe von soziologischen Bestandsaufnahmen. Die auf eine quantitative Gesamterfassung ausgelegten Sozialreports können selbst in den sozialen Brennpunkten der Städte extreme Armutslagen nicht entdecken.⁷ Natürlich gibt es eine Schicht von materiell Deprivierten und sozial Verachteten, die oft wohnungslos sind und von einer Mischung aus sozialen Hilfen, karitativen Zuwendungen und Bettelerlösen leben, aber die wird von der Schichtungstheorie immer schon mit vier Prozent von der Gesamtbevölkerung angesetzt (Kappe et al. 1981). Die fallen uns vielleicht jetzt mehr auf, aber einen neuen sozialen Sachverhalt stellen sie nicht dar.

Auch ist nicht zu bestreiten, daß die Verän-

derungen der Familienformen und des Gebärverhaltens erhebliche Ungerechtigkeiten in der Verteilung von Lebenschancen mit sich bringen. So sind die kinderreichen Familien gemessen am allgemeinen Lebenszuschnitt der typisch gewordenen Familie mit zwei Kindern oder gar der Double-Income-No-Kids-Lebensgemeinschaft benachteiligt. Auch befinden sich die allein erziehenden Mütter und Väter in einer belastungsstarken, aber unterstützungsarmen Situation, die mit vermehrten Armuts-, Einsamkeits- und Statusrisiken einher geht. Familienforscher sehen den Trend einer Teilung unserer Gesellschaft in einen zurückgehenden und sich zusammenschließenden Familiensektor und eine Welt der Arbeit, des Konsums und der Freizeit für den ansteigenden Teil der Bevölkerung, der kinderlos bleibt (Huinink 1995). Nur haben diese neuen, aus der Art und Weise des familialen Zusammenlebens erwachsenden Ungleichheiten wenig mit der Globalisierung zu tun, die für die neue soziale Frage verantwortlich gemacht wird.

Schließlich kann davon, daß wir einer einzigen und uniformen globalen Ökonomie entgegengehen, offenbar keine Rede sein. Die verschiedenen Nationalstaaten Europas sind bis heute Wohlfahrtsstaaten geblieben, die auf je eigene Weise dem globalen Effizienzdruck mit nationalen Konsensmodellen antworten. Die Unterschiede zwischen Dänemark, Frankreich, Österreich, den Niederlanden, Deutschland oder Großbritannien sind jedenfalls beträchtlich, was die Art und den Umfang der Steuer- und Sozialpolitik betrifft. Daraus ergeben sich nicht zuletzt die ganz verschiedenen Erfolge in der Lösung des Beschäftigungs- wie des Bevölkerungsproblems.⁸ Kein Land in Europa überläßt heute die Schaffung von Arbeitsplätzen allein den Konjunkturen der Märkte und die Geburtenhäufigkeit der Kinder allein den Vorlieben der Frauen. Den Ausbau des Dienstleistungssektors und die Bereitstellung von Kindergärten und Ganztagschulen haben sich mittlerweile alle europäischen Wohlfahrtsstaaten auf die Fahnen geschrieben. Vielleicht besteht das Neue darin, daß der gezielten Stimulation von Aktivitäten der Vorrang vor der bloßen Garantie von Versorgung gegeben wird.

Woher kommt aber dann das Gefühl der Leute, daß die Gesellschaft sich spaltet und der Einzelne sich selbst überlassen bleibt? Die Antwort der klassischen soziologischen Sozialstrukturanalyse lautet in einer Mischung aus schulterzuckender Lakonie und triumphierender Anklage, daß in der gesellschaftlichen Ungleichheit alles beim alten geblieben ist.⁹ Es bestimmt immer noch weitgehend die soziale Herkunft, welche Lebenschancen der Einzelne hat. Bezogen auf die viel diskutierte Tendenz zur Verfristung der Verträge in der neuen Welt der Arbeit bedeutet dies, daß es am Ende von den zertifizierten Bildungsvoraussetzungen, von den zugänglichen sozialen Beziehungen und nicht zuletzt vom materiellen Rückhalt abhängt, ob eine befristete Beschäftigung sich als „Brücke“ oder als „Falle“ in der Berufsbiographie des Einzelnen auswirkt.

Darin steckt eine positive und eine negative Botschaft. Positiv sagt man, daß wir der sozialen Herkunft unsere Zugehörigkeitsgefühle und Gruppenloyalitäten verdanken. Daher wissen wir, wo oben und wo unten ist und wie wir uns einzuordnen haben. Negativ ist die Aussage, daß im letzten halben Jahrhundert vielfältige Bildungsreformen und ausgebauten Sozialtransfersysteme wenig gegen die Vererbung sozialer Nachteile ausgerichtet haben. Auch der Wohlfahrtsstaat hat nichts daran geändert, daß die Klasse eine lebenslange Erfahrung bildet. Mit anderen Worten: Die soziologische Analyse sozialer Ungleichheit liebt die Idylle der geschichteten Großgruppengesellschaft und skandalisiert gleichzeitig die Herkunftsbestimmtheit der Lebensläufe. Diese eigentlich widersprüchlichen Botschaften laufen zusammen in der Vorstellung gesellschaftlicher Integration durch soziale Ungleichheit. Die Empörung über ungerechte Plazierungen bekräftigt die gedachte Ordnung des geschichteten Ganzen. Damit hat sich die soziale Frage in der Soziologie sozialer Ungleichheit aufgehoben.

Daran mag man heute nicht mehr glauben. Die Leute spüren eine soziale Unordnung, die sich dieser Art soziologischer Ordnungsvorstellung verweigert. Die empirischen Evidenzen über soziale Sachverhalte vermitteln keine kollektive Überzeugung über gesellschaftliche Realitäten. Was die Leute umtreibt, sind neue

Spaltungen bei alten Ungleichheiten. Woher rühren die, und was steht dabei in Frage?

Der neuartige Begriff, der dafür in Anschlag gebracht wird, ist der Begriff der sozialen Exklusion (Kronauer 2002). Er stellt eine Verbindung zwischen Rand und Mitte der Gesellschaft her (Leisering 2000). Die neue soziale Frage läßt sich nicht mehr auf Randgruppen abbilden, sondern trifft ins Herz unserer Gegenwartsgesellschaft. Es kann jeden treffen, weil alle zur Disposition stehen (Bude 1998). Zwar in unterschiedlicher Weise und mit ganz verschiedenen Konsequenzen; doch sicher in ihrer sozialen Position und ungefährdet im Blick auf die Zukunft ihrer Kinder fühlen sich nur noch wenige. Deshalb verteidigt man, was man erworben und erreicht hat, und sucht den Abstand von denen, die das gefährden könnten.

Das wird verständlich, wenn man sich klarmacht, wie in der öffentlichen Wahrnehmung das Motiv der Spaltung mit dem der Schrumpfung zusammenhängt. Nachrichten über schrumpfende Städte, schrumpfende Völker, schrumpfende Wachstumsraten lassen in den Ländern des alten Europa das Gefühl schwindender Lebenschancen bei verschärften Verteilungskonkurrenzen aufkommen. Neue Formen sozialer Kriege wie die zwischen den Geschlechtern, den Generationen und den Ethnien machen die Fronten unübersichtlich und die Allianzen unberechenbar. Wenn sich zudem in der Generation der heute Dreißigjährigen aus den mittleren Schichten unserer Gesellschaft im Nachklang der manischen neunziger Jahre die Stimmung breit macht, daß es einem im Zweifelsfall auch nichts nützt, gut ausgebildet, dynamisch gesonnen und global orientiert zu sein, mehren sich die Zweifel, welche Kompetenzen und Qualifikationen einem eigentlich eine gute Startposition im allgemeinen Auf- und Abstiegsgeschiebe verschaffen. Schnell hat man aufs falsche Pferd gesetzt und gerät ins Hintertreffen. Und wenn man dann nicht höllisch aufpaßt, gehört man zu der Gruppe von Leuten, die den Anschluß an den sozialen Mainstream verloren haben.

Damit ist eine zweite Entwicklung in der Erfahrung von Lebensläufen und Generationszusammenhängen verbunden. Die Tatsache eines nach wie vor hohen Bestandes karriere-

typischer Positionen, die einen rationierten Stuserwerb versprechen, kann nicht über das verbreitete Erleben berufsbiographischer Turbulenzen hinwegtäuschen. Das beginnt mit dem Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem: Da öffnet sich für eine gerade ins Berufsleben tretende Kohorte ein „Fenster von Möglichkeiten“, das für die folgenden Jahrgänge schon wieder geschlossen ist (Bude 2003). Aber auch die häufiger werdenden Wechsel zwischen Unternehmen oder zwischen Abteilungen innerhalb eines Unternehmens bringen in Abhängigkeit von den gerade geltenden Konditionen immer wieder „glückliche“ und „geprellte Generationen“ hervor. Was sich im Blick des von oben schauenden, mit sozialstrukturellen Ausgangslagen und längerfristigen Mobilitätsraten operierenden Soziologen als ein stabiles Gefüge der Ungleichheit darstellt, wird von den Einzelnen in ihrer Lebenszeit als ein Prozeß permanenter Statusunsicherheit erfahren. Die aus dem Mobilitätsschub der Nachkriegszeit hervorgegangene „Mehrheitsklasse“ des alten Europa will sich in Ruhe im Erreichten fortpflanzen und sieht sich zu steigendem Einsatz unter unvorhersehbaren Bedingungen gezwungen.

Man kann die neue soziale Frage vielleicht so auf den Punkt bringen, daß sich die Erfahrung von der Disponibilität des Einzelnen sozial entgrenzt und gesellschaftlich verallgemeinert hat.¹⁰ Zweifellos wirkte die Mobilitätsschleuder im Zuge der Vertreibungen, Fluchtbewegungen und Gefangenschaften des Zweiten Weltkriegs viel umfassender und einschneidender als heute. Aber es gab einen kollektiven Erfahrungsbezug für das individuelle Schicksal. Darin liegt der entscheidende Unterschied: Wer heute scheitert, kann allenfalls das Scheitern als Chance begreifen. Es fehlt das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals. In der nivellierten Arbeitergesellschaft der Nachkriegszeit hatten Verliererbilanzen und Armutskulturen keinen Platz. Die Volksparteien mit ihrem Drang zur Mitte haben diesen ganzen Bestand an Halt und Trost in sich aufgesogen. Das gilt für die aus den christlichen Soziallehren kommenden Konservativen ebenso wie für die auf die Arbeiterbewegung sich berufenden Sozialdemokraten. Die Erniedrigten und Belei-

digten können heute weder auf den Weinberg des Herrn noch auf den Zusammenschluß der Werktätigen hoffen. Persönlich erfahrene Einbußen, Degradierungen und Versagungen werfen daher schnell die panische Frage auf, ob man sich nur verkalkuliert und vielleicht schon herausmanövriert hat.

Das Gespenst der Globalisierung konnte einem zwar nicht die Angst vor dieser Frage nehmen, aber einen Grund für ihr Auftauchen namhaft machen. Das kann man bei näherem Hinsehen nicht mehr behaupten. Die Territorialisten unter den Sozialstrukturanalytikern haben recht: Es gibt nach wie vor die Klassenfrage der sozialen Benachteiligung. Diese Tatsache hat jedoch ganz andere Folgen, wenn die sozialen Welten sich voneinander abschließen, die persönlichen Gefährdungen sich generalisieren und die allgemeinen Ressourcen schrumpfen. Dann schwindet das Vertrauen in die Erwartbarkeit der Lebensverhältnisse und die Regelbarkeit der Konflikte. Darin liegt der eigentliche Grund für die Nervosität des Wahlvolkes, welche jede Regierung trifft, die mit dem Ruf nach Reformen das Ganze unserer Nachkriegswelt in Frage stellt. Die neue soziale Frage besteht darin, daß es niemanden und nichts gibt, der sie einem abnehmen oder worauf man sie schieben könnte.

Anmerkungen

- 1 Die entsprechende Stimmung dokumentieren Günter Grass, Daniela Dahn und Johanno Strasser (2002).
- 2 Die normativen Grundlagen für diese Dekonstruktion des Arbeitnehmers stellt die neue Egalitarismuskritik zur Verfügung, die man nicht so einfach als neoliberale Verirrung brandmarken kann. Siehe etwa Angelika Krebs (2000).
- 3 Vgl. Bertelsmann Stiftung (2000); oder fürs „moderne Deutschland“ Erika Metzger und Klaus-W. West (2000).
- 4 Dieses Bild einer „Brasilianisierung“ unserer Gegenwartsgesellschaften verwendet Ulrich Beck (1997).
- 5 Als prominentes Beispiel eines Zusammenhangsverstehens von erbarmungsloser sozialer Spaltung und enthemmter ökonomischer Globalisierung kann das Spätwerk von Pierre Bourdieu dienen.
- 6 Die Stichworte für diese Beschreibung hat bereits Anfang der neunziger Jahre Robert Reich (1993) geliefert.
- 7 Siehe den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2001.

- 8 Siehe nur Fritz W. Scharpf und Vivien Schmidt (2000).
- 9 Ein schönes Beispiel dieser Haltung bietet John H. Goldthorpe (2003).
- 10 Das ist im übrigen der Kern des heute so wichtig gewordenen Begriffs „Employability“ (Rosabeth Moss Kanther), bzw. Beschäftigungsfähigkeit.

Literatur

- Beck, Ulrich (2001): Das Zeitalter des „eigenen Lebens“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 29, 3-6.
- Beck, Ulrich (1997): *Was ist Globalisierung?*, Frankfurt am Main.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.)(2000): *Internationales Beschäftigungs-Ranking 2000*, Gütersloh.
- Kappe, Dieter/Aschenbrenner, Katrin/Neidhardt, Friedhelm/Bolte, Karl Martin (1981): *Deutsche Gesellschaft im Wandel*, Weinheim.
- Bude, Heinz (1998): Die Überflüssigen als transversale Kategorie, in: Berger, Peter A./Vester, Michael (Hg.), *Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen*, Opladen, 363-382.
- Bude, Heinz (2003): Generation: Elemente einer Erfahrungsgeschichte des Wohlfahrtsstaates, in: Lessenich, Stephan, Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Befunde, Frankfurt am Main/New York, 287-300.
- Castel, Robert (2000): Die Metarmophosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.
- Castells, Manuel (1998/2000): *End of Millenium*, Oxford.
- Dahrendorf, Ralf (1992): *Der moderne soziale Konflikt*, Stuttgart.
- Geiger, Theodor (1949): *Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel*, Köln/Hagen.
- Goldthorpe, John H. (2003): Globalisierung und soziale Klassen, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 3, 301-323.
- Grass, Günter/Dahn, Daniela/Strasser, Johanno (Hg.) (2002): *In einem reichen Land. Zeugnisse alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Göttingen.
- Huinink, Johannes (1995): *Warum noch Familie?*, Frankfurt am Main/New York.
- Krebs, Angelika (Hg.)(2000): *Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik*, Frankfurt am Main.
- Kronauer, Martin (2002): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus*, Frankfurt am Main/New York.
- Leisering, Lutz (2000): „Exklusion“ – eine soziologische Sondierung, in: Büchel, Felix et al. (Hg.), *Zwischen drinnen und draußen. Soziale Ausgrenzung am deutschen Arbeitsmarkt*, Opladen, 11-22.
- Metzger, Erika/West, Klaus-W. (Hg.)(2000): *Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln*, Marburg.
- Reich, Robert (1993): *Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie*, Frankfurt am Main/Berlin.
- Scharpf, Fritz W./ Schmidt, Vivien (Eds.)(2000): *Welfare and Work in the Open Economy*, 2 Vols., Oxford.

Berliner Debatte Initial 15 (2004) 2

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

GSFP – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH. Herausgegeben im Auftrag des Vereins Berliner Debatte INITIAL e.V. Berliner Debatte Initial erscheint alle zwei Monate.

Redaktion: Henri Band, Harald Bluhm, Erhard Crome, Scott Gissendanner, Birgit Glock, Wladislaw Hedeler, Wolf-Dietrich Junghanns, Cathleen Kantner, Lutz Kirschner, Rainer Land, Ingrid Oswald, Hartwig Schmidt, Udo Tietz, Jan Wielgohs, Andreas Willisch, Rudolf Woderich

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de

Internet: www.berlinerdebatte.de

Verantwortlich für Schwerpunkt und Heft:
Andreas Willisch (v.i.S.d.P.)

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

Abo-Bestellungen: inter abo, PF 360520, 10975 Berlin; Tel. (030) 61105475, Fax (030) 61105480. Das Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Einzelhefte werden per Post mit Rechnung verschickt. **Bestellungen:**

leidenschaften@berlinerdebatte.de

Tel.: +49-39931-54726

Fax: +49-39931-54727

Post: PF 58 02 54, 10412 Berlin

pdf-Dateien einzelner Artikel:

siehe www.berlinerdebatte.de

Preise: Einzelheft 8 €, Doppelheft 16 €

Abonnement: Jahresabo 35 €

Ausland zuzüglich Porto.

Studenten, Rentner und Arbeitslose 18 €,

Nachweis beilegen. Ermäßigte Abos bitte nur

direkt bei *Berliner Debatte Initial* per Post oder

per Fax 039931-54727 bestellen.

Autorenverzeichnis

Holger Alda,
Soziologe, IAB Nürnberg

Patrick Baltzer,
Ethnologe, Berlin

Dirk Baecker, Prof. Dr.
Soziologe, Universität Witten/Herdecke

Harald Bluhm, PD Dr.
Politikwissenschaftler, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Heinz Bude, Prof. Dr.
Soziologe, Universität Kassel

Volker Eick,
Politologe, Berlin

Friedrich Hauss, Dr.
Soziologe, Berlin

Guido O. Kirner, Dr.
Historiker und Sozialwissenschaftler, Berlin

Dirk Konietzka, Dr.
Soziologe, Max-Planck-Institut für demographische Forschung Rostock

Rainer Land, Dr. sc.
Sozialwissenschaftler, Thünen-Institut Röbel

Stefan Mann, Dr.
Agrarökonom, Eidgenössische Forschungsanstalt, Ettenhausen (Schweiz)

Thomas Müller, Student
Erziehungswissenschaften, Soziologie und Philosophie, Humboldt-Universität zu Berlin

Ingrid Oswald, PD Dr.
Soziologin, Thünen-Institut Röbel

Peter Sopp,
Soziologe, München

Berthold Vogel, Dr.
Soziologe, Hamburger Institut für Sozialforschung

Andreas Willisch,
Soziologe, Thünen-Institut Röbel

